

(Staatsminister Graf Balthus v. Gastaedt.)

(A) Ob im Einzelfalle der Schußmann vielleicht Streikposten weggewiesen hat, wo diese Befürchtung nicht am Plage gewesen ist, wird sich mit Sicherheit schwer feststellen lassen. Das Ministerium des Innern hat bisher keine Gelegenheit gehabt, zu solchen Einzelfällen instanzmäßige Entschliebung zu fassen. Sie muß diese Entschliebung dem Polizeiamte Plauen überlassen.

Nun hat der Herr Interpellant der Regierung daraus einen Vorwurf gemacht, daß sie der beschuldigten Behörde diese Entschliebung selbst überläßt. Nach der bestehenden Behördenorganisation ist das Ministerium aber gar nicht in der Lage, etwas anderes anzuordnen. Das Ministerium kann nur prüfen, ob die allgemeine Anweisung, die die Polizeibehörde ihren Beamten gegeben hat, nach Lage der Sache berechtigt und zweckmäßig war. Ob der einzelne Beamte sich dieser Anordnung gemäß verhalten hat, ist Sache seiner vorgesetzten Behörde. Sache des Polizeiamtes ist es daher auch, darüber zu befinden, ob die Beschwerden über einzelne Polizeibeamte berechtigt sind oder nicht. Solche Beschwerden sind inzwischen erhoben worden, und über sie ist vom Polizeiamte instanzmäßige Entschliebung unter dem 6. April 1912 ergangen. Gegen diese instanzmäßige Entschliebung ist ein Rekurs bisher noch nicht eingelegt worden.

(B) Es ist nun auch vom Herrn Interpellanten erwähnt worden, daß die Polizeibehörden nicht nur Streikposten weggewiesen haben, sondern auch einzelne Streikende. Ja, meine Herren, ich muß sagen, daß das auch unter Umständen durchaus zulässig ist. Haben einmal erhebliche Störungen in der öffentlichen Ordnung stattgefunden und ist zu befürchten, daß derartige Störungen wiederkehren, so sind die Polizeibehörden befugt, die Straße auch von solchen Personen zu säubern, welche sich den Anschein harmloser Passanten geben.

Ich muß daher nach allem folgende Erklärung abgeben:

„Der Staatsregierung ist nicht bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen der Arbeiterschaft das gesetzlich gewährleistete Recht des Streikpostenstehens durch örtliche Polizeimaßregeln unmöglich macht, und sie gedenkt infolgedessen in die bisherigen Maßregeln der städtischen Polizeibehörde nicht einzugreifen.“

(Bravo! rechts.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abg. Sindermann.

Abg. Sindermann: Ich beantrage die Besprechung der Interpellation.

Präsident:

Wird dieser Antrag unterstützt? — Hinreichend.

Das Wort hat zunächst der Herr Abg. Nitsche (Leußch).

Abg. Nitsche (Leußch): Meine Herren! Wenn sich die Herren Interpellanten auch speziell mit der Angelegenheit in Plauen befaßt haben, so ist dadurch meiner Fraktion doch Gelegenheit gegeben, sich über das Streikpostenstehen im allgemeinen zu äußern. Wir haben uns zunächst mit der Tatsache abzufinden, daß die großen wirtschaftlichen Kämpfe für die Zukunft kaum zu umgehen sein werden, wenn wir auch bedauern, daß durch diese großen wirtschaftlichen Kämpfe die Entwicklung der Industrie immer unliebsamer unterbrochen wird. Auch weisen wir darauf hin, daß durch Streiks für unsere Industrie sehr oft der erst schwer errungene und behauptete Auslandsmarkt verloren geht,

(Sehr richtig!)

ein Umstand, der oft viel zu wenig ins Auge gefaßt wird, wenn man an die Inszenierung eines Streiks geht. Meine Herren! Wir verstehen es vollständig, wenn die Arbeiterschaft das an sich ganz natürliche Bestreben hat, ihre Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen, aber wir meinen, wenn dieses Moment allein bestimmend wäre, dann würden wir nicht so viel Arbeitseinstellungen zu verzeichnen haben. Über den Wert und über die Bezahlung der Arbeitsleistung würde man, sehr oft wenigstens, auf gutlichem Wege mit dem Unternehmer übereinkommen.

(Sehr richtig!)

Denn meine Herren, jeder Unternehmer, jeder Arbeitgeber hat an der gütlichen Beilegung von Lohn- und Differenzen ein unbedingtes Interesse. Die wirtschaftlichen Kämpfe kosten wie die Kriege Geld und immer wieder Geld, und selbst für den Sieger sind oft große, schwere Wunden nach Beendigung des Kampfes vorhanden, die erst eine jahrelange ruhige Entwicklung wieder ausgleichen muß. Wir sind uns darüber klar, daß die Arbeitseinstellungen sehr oft auf Machtfragen zurückzuführen sind. Man will für die Partei und für die Gewerkschaft die Organisation stärken. Wir haben es in der sozialdemokratischen Presse gelesen, daß Streiks sogar hervorgerufen werden, lediglich um Leben in die Bude zu bringen, sofern ein-

(C)

(D)